

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Siebttes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

Siebttes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Schulgesetzes

A. Problem

Nach § 3 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 der Verordnung über die Bewilligung von Zuschüssen an die Träger von Ersatzschulen (Ersatzschulzuschussverordnung - ESZV) ist bei der Berechnung der Schülerausgabensätze die Stufe 4 für die Ermittlung der Personaldurchschnittskosten gemäß § 124a des Gesetzes über die Schulen im Land Brandenburg (Brandenburgisches Schulgesetz - BbgSchulG) zu Grunde zu legen. Die Festlegung der Stufe 4 durch den Ordnungsgeber wurde auf Basis des damaligen gesetzgeberischen Willens vorgenommen und entspricht diesem weiterhin.

Durch die gesetzliche Regelung soll für die Zukunft die Verordnungsermächtigung entfallen und Rechtsklarheit durch den Gesetzgeber hergestellt werden.

Die Höhe der staatlichen Finanzierungshilfe für Schulen in freier Trägerschaft muss das verfassungsrechtliche Schutz- und Fördergebot gewährleisten, um dem daraus abgeleiteten Erfordernis der finanziellen Auskömmlichkeit zu entsprechen. Neben der staatlichen Finanzierung sind Eigenleistungen der Schulträger und die Möglichkeit zur Beschaffung von finanziellen Mitteln durch andere Personen oder Institutionen (z. B. Spenden, Elternbeiträge etc.) bei der Beurteilung der Auskömmlichkeit einzubeziehen. Die Auskömmlichkeit der Finanzierung ist gegeben, sofern die Institution des Ersatzschulwesens als Ganzes nicht evident gefährdet ist.

Die Voraussetzung der Auskömmlichkeit war und ist mit Festlegung der Stufe 4 erfüllt.

B. Lösung

Im Sinne der Rechtsklarheit und des angestrebten Rechtsfriedens soll die Festlegung der Entwicklungsstufe 4 für die Ermittlung der Personaldurchschnittskosten nun direkt im Gesetz erfolgen und von der bisherigen Übertragung der Regelungsbefugnis auf den Ordnungsgeber Abstand genommen werden.

Die Festlegung der Stufe für die Berechnung der Finanzausschüsse für Schulen in freier Trägerschaft hat maßgebliche Auswirkungen auf die Höhe der zu berücksichtigenden Personaldurchschnittskosten gemäß § 124a BbgSchulG. Die Personaldurchschnittskosten stellen einen zentralen Faktor im Finanzierungsmodell für Schulen in freier Trägerschaft im Land Brandenburg dar.

Anlässlich der Einführung einer Stufe 6 im geltenden Tarifwerk für angestellte Lehrkräfte hat sich der Ordnungsgeber – aufgrund der schulgesetzlichen Ermächtigung für die Festlegung der Stufe – für die Beibehaltung der Stufe 4 entschieden, insbesondere vor dem Hintergrund der Auskömmlichkeitserwägung.

Die Betriebskostenausschüsse werden anhand mehrerer, pauschaler Faktoren bestimmt und es kommt darauf an, dass sich im Ergebnis ein auskömmlicher Zuschuss ergibt. Einen Anhaltspunkt für die Angemessenheit einer dieser Faktoren – der Stufe – liefert ein Rechenmodell auf der Grundlage eines fiktiven Personalkör-

pers mit gleichmäßiger Verteilung des Dienstalters. Dieses führt auch nach Einführung einer sechsten Stufe zu dem Ergebnis, dass der Durchschnitt der Stufen weiterhin unterhalb der Stufe 5 liegt.

Zudem führt eine Abschätzung der durchschnittlichen Personalausgaben für Lehrkräfte an den Schulen in öffentlicher Trägerschaft unter der Fiktion, dass alle Beschäftigten tarifbeschäftigt sind, zu einem Durchschnittswert unterhalb der rechnerischen Mitte zwischen den Stufen 4 und 5 der Entgeltgruppe 13.

Die Berücksichtigung der Stufe 4 und deren schulgesetzliche Festlegung ist somit auch vor dem Hintergrund eines Vergleichs mit den Schulen in öffentlicher Trägerschaft angemessen. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass das Land keinen vollständigen Kostenausgleich, sondern nur eine Beteiligung an den Kosten der Ersatzschulen schuldet und im Rahmen des gesetzgeberischen Spielraums auch den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit berücksichtigen muss.

Die Festlegung der Stufe 4 im Schulgesetz, die der bisherigen Regelung auf Verordnungsebene entspricht, sichert den Schulen in freier Trägerschaft damit eine auskömmliche Finanzierung.

Die Frage, ob und wie § 3 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 ESZV – die Festlegung der Stufe 4 – mit § 124a BbgSchulG vereinbar ist, lässt sich lösen, indem der Gesetzgeber

- die Festlegung der Stufe selbst vornimmt,
- die Vorschrift in diesem Zusammenhang aus Klarstellungsgründen sprachlich anpasst und
- die Ermächtigungsgrundlage für die Rechtsverordnung modifiziert, soweit dort ausdrücklich die Festlegung der Stufe erwähnt wird.

C. Rechtsfolgenabschätzung

I. Erforderlichkeit

Die Festlegung der Stufe im Brandenburgisches Schulgesetz ist erforderlich, um Rechtssicherheit herzustellen.

II. Zweckmäßigkeit

Die Festlegung der Stufe im Brandenburgischen Schulgesetz ist zweckmäßig, um Rechtssicherheit herzustellen.

III. Auswirkungen auf Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung

Durch die Klarstellung erübrigen sich weitere Gerichtsverfahren bzgl. der Vereinbarkeit der Stufe 4 in der ESZV mit höherrangigem Recht.

D. Verfahrensbeteiligte im Sinne des Kapitels I Nummer 1 der Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung über die Unterrichtung des Landtages nach Artikel 94 der Verfassung des Landes Brandenburg

Der Landtag wurde gemäß Artikel 94 der Verfassung des Landes Brandenburg am 9. Juni 2021 informiert.

Eine Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände ist nicht erforderlich, da durch die Gesetzesänderungen keine kommunalen Belange unmittelbar berührt werden.

Die Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen und der Verband Deutscher Privatschulverbände wurden beteiligt.

E. Zuständigkeiten

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Gesetzentwurf für ein

Siebttes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Schulgesetzes

Vom ...

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Brandenburgischen Schulgesetzes

§ 124a des Brandenburgischen Schulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. August 2002 (GVBl. I S. 78), das zuletzt durch das Gesetz vom 23. Juni 2021 (GVBl. I Nr. 18) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - a) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Die Personaldurchschnittskosten je Lehrkraft und Schulform werden nach Maßgabe der Sätze 2 bis 7 bestimmt und orientieren sich an den Arbeitgeberkosten für tarifbeschäftigte Lehrkräfte an den Schulen in öffentlicher Trägerschaft.“
 - b) Nach Satz 5 wird folgender Satz 6 eingefügt:

„Für die Entgeltgruppen wird die Stufe 4 festgelegt.“
2. In Absatz 8 Nummer 2 werden die Wörter „der Entwicklungsstufe und“ gestrichen.

Artikel 2

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Potsdam, den [Datum der Ausfertigung]

Die Präsidentin des Landtages Brandenburg

Dr. Ulrike Liedtke

Begründung

A. Allgemeiner Teil

Gemäß § 124a Absatz 1 Satz 1 des Brandenburgischen Schulgesetzes (Bbg-SchulG) wird der Betriebskostenzuschuss auf Basis eines jährlichen Pauschalbetrags für jede Schülerin und jeden Schüler bezogen auf die jeweils besuchte Schulform ermittelt (Schülerausgabensatz). Maßgeblicher Faktor sind dabei gemäß § 124a Absatz 2 Nummer 2 und Absatz 3 BbgSchulG die jährlichen Personaldurchschnittskosten je Lehrkraft und Schulform einschließlich eines Zuschlags für das sonstige Personal.

Die Frage, welche Stufe (die in § 124 a Absatz 8 Nummer 2 BbgSchulG derzeit noch als „Entwicklungsstufe“ bezeichnet wird) der Berechnung der Personaldurchschnittskosten zu Grunde zu legen ist, führte wiederholt zu zahlreichen Klageverfahren.

Nach § 3 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 der Ersatzschulzuschussverordnung (ESZV) ist die Stufe 4 zu Grunde zu legen.

Die Festlegung des Ordnungsgebers wurde seinerzeit auf Basis des damaligen gesetzgeberischen Willens vorgenommen. Es bedarf einer Klarstellung, dass sie dem gesetzgeberischen Willen auch weiterhin entspricht.

B. Besonderer Teil

Die Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft orientiert sich seit dem Haushaltsbegleitgesetz zum Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsbegleitgesetz 2012 - HBe-glG) an einem Sollkostenmodell, welches die Festlegungen von Berechtigungsgrößen an Ausstattungsmerkmalen für öffentliche Schulen orientiert. Die zu berücksichtigende Entgeltgruppe wird dabei durch den Gesetzgeber festgelegt, während die zu Grunde zu legende Stufe bisher auf Basis der Ermächtigungsgrundlage in § 124a Absatz 8 Nummer 2 BbgSchulG durch den Ordnungsgeber bestimmt wurde.

Der Ordnungsgeber hat in § 3 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 i. V. m. Absatz 1 Satz 1 ESZV festgelegt, dass im Rahmen des Betrages der Arbeitgeberkosten je Entgeltgruppe und Schuljahr ohne Berücksichtigung der Kosten für die Unfallversicherung das Tabellenentgelt der Entgeltgruppen gemäß § 124a Absatz 3 Satz 4 und Satz 5 BbgSchulG in der „Entwicklungsstufe“ 4 zu Grunde gelegt wird.

Diese Festlegung der Stufe 4 durch den Ordnungsgeber wurde auf Basis des damaligen gesetzgeberischen Willens vorgenommen.

Die grundsätzliche Möglichkeit des Ordnungsgebers, über die aktuelle Ermächtigungsgrundlage dynamisch auf Veränderungen reagieren zu können, hat wiederholt dazu geführt, dass die Vereinbarkeit der einschlägigen Regelung der Verordnung mit dem BbgSchulG angezweifelt und Gerichtsverfahren eingeleitet wurden.

Im Sinne der Rechtsklarheit und des angestrebten Rechtsfriedens soll die Festlegung der Stufe 4 nun direkt im Gesetz erfolgen und von der bisherigen Übertragung der Regelungsbefugnis auf den Ordnungsgeber Abstand genommen werden.

Die Änderung der bisherigen Formulierung in § 124a Absatz 3 Satz 1 BbgSchulG „entsprechen“ in „orientieren sich“ dient der Klarstellung. Eine inhaltliche Änderung ist hiermit nicht verbunden.

Durch die Einfügung des neuen Satzes 6 ist die Bezugnahme in Satz 1 dahingehend anzupassen, dass sie sich nun auf die Sätze 2 bis 7 erstreckt.

Die Festlegung der Stufe 4 im § 124a Absatz 3 Satz 6 BbgSchulG entspricht dem gesetzgeberischen Willen auch weiterhin. Dies wird mit der Änderung klargestellt.

Damit wird in § 124a Absatz 3 BbgSchulG die Regelung, die bisher nur auf Verordnungsebene vorlag, nun direkt in das BbgSchulG eingefügt sowie in § 124a Absatz 8 Nummer 2 BbgSchulG die Verordnungsermächtigung, die sich bisher auch auf die Festlegung der „Entwicklungsstufe“ erstreckte, angepasst.